

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Anja Reinalter, Misbah Khan, Sylvia Rietenberg, Denise Loop, Ulle Schauws, Nyke Slawik, Ayşe Asar, Lamya Kaddor und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Fachkräftegewinnung für Schulen und Kindertagesstätten**

Der deutsche Arbeitsmarkt ist auf Zuwanderung angewiesen: Aktuelle Schätzungen prognostizieren eine Lücke von über 500 000 Fachkräften und 1,4 Millionen Arbeitskräften – Tendenz steigend (vgl. IAB-Forum [2025]: IAB-Monitor Arbeitskräftebedarf 4/2024). Im pädagogischen Bereich ist der Fachkräftemangel so groß, dass Kinder die Folgen bereits heute durch Unterrichtsausfall an Schulen, verkürzte Öffnungszeiten oder vollständige Schließtage in Kitas spüren. Laut Kita-Bericht 2024 des Paritätischen Gesamtverbands fehlen bundesweit rund 125 000 Fachkräfte (vgl. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband [2024]). Für Schulen geht die Kultusministerkonferenz (KMK) bis 2030 von einem Mangel von rund 49 000 Lehrkräften aus (vgl. KMK [2025]: Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot 2024–2035). Aufgrund des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 und der fortschreitenden Inklusion beziffern andere Studien den Bedarf sogar auf nahezu das Doppelte (vgl. Klemm [2022]: Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2030). Das Deutsche Schulbarometer zeigt zudem, dass die Lehrkräfte von heute unter einer erheblichen Arbeitsbelastung leiden (vgl. Robert Bosch Stiftung [2025]: Deutsches Schulbarometer: Befragung Lehrkräfte).

Unter der Ampelregierung wurde im Jahr 2024 die Gesamtstrategie Fachkräfte in Kitas und Ganztags veröffentlicht, die Maßnahmen im Bereich berufliche Orientierung, Aus- und Weiterbildung das Heben von Potenzialen zusätzlicher Berufsgruppen sowie Verbesserungen der Arbeits- und Rahmenbedingungen empfiehlt. Die neue Bundesregierung hat sich vorgenommen, „die duale Ausbildung für Erzieherberufe [...] ein[zuführen“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 98). Zusätzlich will die Bundesregierung „(d)ie Anwerbung internationaler Fachkräfte für Kitas [...] beschleunigen, vereinfachen und ausweiten“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 98).

Aktuell gelingt zu wenigen der im Ausland qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen – also Personen, die im Ausland einen Lehramtsabschluss oder einen Abschluss mit deutschem Referenzberuf wie etwa Erzieherin bzw. Erzieher erworben haben – der schnelle und unbürokratische Einstieg in den Arbeitsmarkt. Wie in anderen Berufen stellen langwierige und komplizierte Anerkennungsverfahren ein echtes Nadelöhr für eine schnelle und erfolgreiche Integration in das Arbeitsleben dar (vgl. Lokhande, Mohini [2025]: Verborgene Potenziale erschließen). Die größten Verzögerungen treten zwischen Ausstellung eines Defizitbescheids über die Nachqualifizierung und finalem Anerkennungsbescheid auf. Gründe hierfür sind u. a. fehlende Kapazitäten bei Qualifizierungsanbietern und zu wenige Prüfungstermine. Dies betrifft insbesondere die

reglementierten Berufe, wie pädagogische Fachkräfte (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) [2024]: Bericht zum Anerkennungsgesetz 2023). Tatsächlich zeigen Studien, dass viele Fachkräfte an diesem Punkt aus den Anerkennungsverfahren aussteigen (vgl. Atanasov et al. [2023]: Verlorene Pflegefachkräfte. Wann die Auflage einer Ausgleichsmaßnahme das Anerkennungsverfahren ausbremsen kann und wie Abbrüche vermieden werden können). Hauptgründe sind die hohen Kosten der Nachqualifizierung sowie unzureichende finanzielle Unterstützung. Zwar existieren Beratungs- und Unterstützungsangebote, diese sind jedoch oft fragmentiert, unübersichtlich und nicht ausreichend bekannt. Zudem besteht ein Missverhältnis zwischen der hohen Nachfrage und einem regional ungleich verteilten Angebot an fachlicher und sprachlicher Nachqualifizierung (vgl. BMBF [2024]).

Die erfolgreiche Integration ausländischer Pädagoginnen und Pädagogen in den Arbeitsmarkt ist nicht nur mit Blick auf die gravierenden Fachkräftelücken in Schulen und Kitas wünschenswert, sondern auch aus integrations- und diversitätspolitischer Perspektive. Auch die Ministerpräsidentenkonferenz hat in ihrem Beschluss vom 6. Dezember 2024 ausdrücklich die zentrale Bedeutung einer beschleunigten Anerkennung ausländischer Abschlüsse bekräftigt (vgl. Umlaufbeschluss des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 6. Dezember 2024).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Plant die Bundesregierung, den Beruf Erzieherin bzw. Erzieher grundständig nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) zu dualisieren, und wenn ja, werden die Träger der Kindertagesstätten als Ausbildungsbetriebe die Ausbildung von Fachkräften übernehmen?
2. Wird für die im Koalitionsvertrag geplante duale Ausbildung für Erzieherinnen bzw. Erzieher eine tarifliche Ausbildungsvergütung nach TVöD gelten (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 98)?
3. Plant die Bundesregierung, mit der dualen Ausbildung für Erzieherinnen bzw. Erzieher die schulische Ausbildung für Erzieherinnen bzw. Erzieher zu ersetzen, oder werden beide Ausbildungsformen weiter nebeneinander existieren und damit auch eine Ungleichbehandlung der Auszubildenden hinsichtlich Vergütung und rechtlicher Absicherung?
4. In wie vielen Bundesländern werden nach Kenntnissen der Bundesregierung noch Schulgelder für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern erhoben, und plant die Bundesregierung eine bundesweite Regelung zur Schulgeldfreiheit bei Ausbildungen im pädagogischen Bereich?
5. In welchen Bundesländern gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung noch keine Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) für Erzieherinnen und Erzieher?
6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Abbruchquote bei Ausbildungen im pädagogischen Bereich?
7. Wie oft wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren Fortbildungen im pädagogischen Bereich durch das AufstiegsBAföG (AFBG) oder durch Weiterbildungsförderungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gefördert?
8. Wird die im Koalitionsvertrag angekündigte Öffnung der AFBG-Förderung für Fortbildungen auf gleicher Stufe für Mangelberufe auch für den Beruf Erzieherin bzw. Erzieher gelten (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 74)?

9. Besitzt die Bundesregierung Konzepte für die Umsetzung der von Bayern im Jahr 2023 initiierte Bundesratsinitiative „Für eine kostenfreie Meisterausbildung“?
  - a) Wenn ja, gibt es bereits Eckpunkte zu dem Konzept?
  - b) Wenn ja, wann wird hier mit Vorlage eines Konzepts zu rechnen sein?
10. Plant die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag geplanten Teilqualifikationen auch für Berufe im pädagogischen Bereich zu entwickeln (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 75)?
11. Wann wird das in der Gesamtstrategie Fachkräfte in Kitas und Ganztage empfohlene Fortbildungscurriculum „Qualifizierung von Beschäftigten im Ganztage ohne pädagogische Ausbildung“, welches das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) federführend entwickelt, fertiggestellt?
12. Wie viele der im Jahr 2024 gestarteten Pilotberufssprachkurse „Frühpädagogische Berufe“ gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell, und plant die Bundesregierung eine Verstärkung der Kurse?
13. Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse zum Umsetzungsstand der Vorschläge der KMK zur Weiterentwicklung der Lehramtsstudiengänge, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung konkret zur Stärkung der Lehrkräfteausbildung?
14. Wie viele Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen wurden von Pädagoginnen und Pädagogen nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren gestellt?
  - a) Aus welchen Ländern kamen in diesem Zeitraum die meisten Antragstellerinnen und Antragsteller (bitte die ersten fünf Länder nennen)?
  - b) Wie viele der Antragstellerinnen und Antragsteller kamen in diesem Zeitraum aus EU-Staaten und wie viele aus Drittstaaten?
15. Welche Unterschiede bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen den einzelnen Bundesländern hinsichtlich der Zuständigkeiten und des Verfahrens bei der Anerkennung von pädagogischen Abschlüssen, und besteht die Absicht, für eine Vereinheitlichung zu sorgen?
16. Wie lange dauern nach Kenntnis der Bundesregierung die Bearbeitungszeiten bei der Anerkennung von pädagogischen Abschlüssen in den einzelnen Bundesländern (bitte nach den einzelnen Bundesländern aufschlüsseln)?
17. Plant die Bundesregierung, sich an den Ländern mit der kürzesten Bearbeitungszeit in Form eines Best-Practice-Modells zu orientieren bei ihrem Vorhaben, „die Anwerbung internationaler Fachkräfte für Kitas [zu] beschleunigen“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 98)?
18. Welche Beratungsangebote gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung auf Landes- und Bundesebene konkret für die Anerkennungsverfahren für Pädagoginnen und Pädagogen?
19. Plant die Bundesregierung – in Kooperation mit Ländern und Kommunen – im Rahmen ihres Vorhabens, „die Anwerbung internationaler Fachkräfte für Kitas [zu] beschleunigen, vereinfachen und ausweiten“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 98), Maßnahmen, um die Anerkennungsstellen für Pädagoginnen und Pädagogen in den Ländern zu entlasten, und wenn ja, welche?

20. Plant die Bundesregierung im Rahmen ihres Vorhabens, „die Anwerbung internationaler Fachkräfte für KITAS [zu] beschleunigen, [zu] vereinfachen und aus[zu]weiten“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 98), die Änderung der Kompetenzlage zwischen Bund und Ländern bei den Anerkennungsverfahren von Pädagoginnen und Pädagogen, trotz landesrechtlicher Regelung der Berufe?
21. Wie viele Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen wurden seit Beginn des Jahres 2024 bis heute gestellt, und welche waren in diesem Zeitraum die fünf antragsstärksten Berufe (bitte für reglementiert und nichtreglementiert benennen)?
22. Verbleibt das Referat Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFT), oder wird es in ein anderes Ressort eingegliedert, und wenn ja, in welches?
23. Welche Projekte im Bereich Anerkennungsberatung werden derzeit aus Bundesmitteln gefördert?
24. Plant die Bundesregierung, den Anerkennungszuschuss, welcher im Jahr 2027 ausläuft (vgl. BMBF (2025): Der Anerkennungszuschuss. Chancen der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nutzen), zu verlängern?
25. Welche Schritte plant die Bundesregierung, um die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Bearbeitungsfrist von sechs Wochen für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu erreichen, und bis wann sollen diese umgesetzt werden?
26. Plant die Bundesregierung, das Förderprogramm „IQ – Integration durch Qualifizierung“ in die Bundesagentur für Arbeit zu integrieren und dort zu verstetigen?
  - a) Wenn ja, plant die Bundesregierung dafür eine gesetzliche Grundlage, und welcher Zeitplan ist dafür vorgesehen?
  - b) Wenn ja, sollen die bundesweiten Beratungsstellen von IQ, die in unterschiedlichen Trägerschaften organisiert sind, erhalten bleiben, oder wird die Beratung komplett in den Arbeitsagenturen stattfinden?
  - c) Wenn ja, soll das Personal der IQ-Beratungsstellen von den Agenturen übernommen werden oder das bestehende Personal in den Agenturen für die Beratung qualifiziert werden?
27. Plant die Bundesregierung über die Verstetigung der Anerkennungsberatung in der Bundesagentur für Arbeit hinaus (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 14), bundeseitig Projekte zur Anerkennungsberatung zu fördern?
28. Plant die Bundesregierung eine Novellierung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG)?
29. Welchen Zeitplan sieht die Bundesregierung für die Errichtung der geplanten „Work-and-stay-Agentur“ (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 14) vor, und welches Ressort wird hier federführend sein?
  - a) Ab wann sollen, nach den Plänen der Bundesregierung, Anerkennungsverfahren durch die geplante „Work-and-stay“-Agentur durchgeführt werden?

- b) Sollen, nach den Plänen der Bundesregierung, nur die Anerkennungsverfahren für bundesrechtlich oder auch für landesrechtlich geregelte Berufe durch die „Work-and-stay“-Agentur durchgeführt werden?
- c) Sollen, nach Plänen der Bundesregierung, auch die Anerkennungsverfahren für Pädagoginnen und Pädagogen durch die „Work-and-stay“-Agentur durchgeführt werden?
30. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Kapazitäten der Weiterbildungsträger in der Nachqualifizierung zu erhöhen, und welche Maßnahmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Bundesländern zu diesem Zweck geplant?
31. Wird die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB), die künftig als im Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) genannte Stelle die Bestätigung im Ausland erworbener Qualifikationen durchführen soll,
- a) weiterhin bei der KMK angesiedelt sein oder in Bundesverantwortung wechseln,
- b) für ihre neuen Aufgaben von Bund und Ländern finanziell und personell besser ausgestattet werden?
32. Wie viele Zulassungen der ZAB über § 6 der Beschäftigungsverordnung (BeschV) hat es seit Inkrafttreten des Paragraphen am 1. März 2024 gegeben (bitte nach Monaten und Berufen aufschlüsseln)?
33. Plant die Bundesregierung für bundesrechtlich geregelte Berufe eine kurzfristige automatisierte eingeschränkte Berufszulassung mit den Erstbescheiden über eine Anerkennung unter Auflage einer Anpassungsmaßnahme oder eine teilweise Gleichwertigkeit und für die Tätigkeit ausreichend vorhandene Sprachkenntnisse, so wie es die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) empfiehlt (vgl. Umlaufbeschluss 2025), und wenn ja, für welche?
34. Plant die Bundesregierung – in Zusammenarbeit mit den Ländern – auch die Antragsstellung in den Sprachen der (Haupt-)Herkunftsländer zu ermöglichen?
- a) Wenn ja, bis wann?
- b) Wenn ja, für welche Sprachen?
35. Wie viele Visa zum Absolvieren einer Berufsausbildung nach § 16a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) wurden seit Inkrafttreten der Novelle des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes insgesamt erteilt (bitte nach Herkunftsländern aufschlüsseln)?
- a) Für welche Ausbildungsberufe wurden am meisten Visa gemäß § 16a AufenthG erteilt (bitte die ersten fünf Ausbildungsberufe nennen und nach Herkunftsländern aufschlüsseln)?
- b) Wie viele dieser Berufsausbildungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bis heute erfolgreich abgeschlossen?
36. Wie viele Visa zum Absolvieren einer Berufsausbildung nach § 16a AufenthG wurden seit Inkrafttreten der Novelle des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes für einen Ausbildungsberuf im pädagogischen Bereich erteilt (bitte nach Herkunftsländern aufschlüsseln)?

37. Wie viele Visa nach § 16b AufenthG wurden in den letzten zehn Jahren zum Lehramtsstudium vergeben (bitte nach Herkunftsländern aufschlüsseln)?
- Wie viele dieser Personen arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung zum heutigen Zeitpunkt als Lehrerinnen bzw. Lehrer in Deutschland?
  - Wie viele dieser Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung ihr Studium zwar erfolgreich abgeschlossen, arbeiten aber zum heutigen Zeitpunkt nicht als Lehrkräfte?
38. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Übergangsquote von internationalen Lehramtsstudierenden in den deutschen Schuldienst zu erhöhen?
39. Wie viele Visa wurden seit Inkrafttreten der Novelle des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes zwecks Anerkennungspatenschaften zwischen Unternehmen und ausländischer Fachkraft nach § 16d Absatz 3 AufenthG erteilt (bitte nach Herkunftsländern aufschlüsseln)?
- Für welche Berufe wurden die meisten Anerkennungspatenschaften vergeben (bitte die fünf häufigsten Branchen nennen und nach Herkunftsländern aufschlüsseln)?
  - Besitzt die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die Anerkennungspatenschaften auch von Kitas in Anspruch genommen werden, um ausländische Fachkräfte anzuwerben?
  - Und plant die Bundesregierung, Anreize zu schaffen, um mehr Unternehmen zu motivieren, Anerkennungspatenschaften einzugehen?
40. Wie viele Chancenkarten wurden seit Inkrafttreten der Novelle des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erteilt, und wie viele Anerkennungsverfahren wurden während eines Aufenthalts nach § 20a AufenthG eingeleitet (bitte nach Herkunftsländern und monatlicher Erteilung aufschlüsseln)?

Berlin, den 1. August 2025

**Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion**



